

Erklärung von Karl Schiller zum Zwischenbericht der Ad-hoc-Gruppe (Bonn, 5. Juni 1970)

Legende: Erklärung des Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller vom 5. Juni 1970 zum Zwischenbericht der Ad-hoc-Gruppe, den er am 9. Juni bei der Sitzung des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg erstellen sollte.

Quelle: BArch B 102 (Bundesministerium für Wirtschaft) / 93461.

Urheberrecht: (c) B.Arch

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_karl_schiller_zum_zwischenbericht_der_ad_hoc_gruppe_bonn_5_juni_1970-de-d49f3eeb-9e8d-4772-b755-d2ee0c9374a2.html

Hinweis: "Dieses Dokument wurde mit Texterkennung (OCR - Optical Character Recognition) bearbeitet. Volltextsuche und "Kopieren und Einfügen" sind möglich. Das Ergebnis der Texterkennung hängt jedoch von der Qualität des Originaldokuments ab."

Publication date: 19/12/2013

E 1 / I A 1 - 03 00 00

Bonn, den 5. Juni 1970

Tagung des Ministerrates der EG
am 9. Juni 1970 in Luxemburg

Statement von Bundeswirtschaftsminister Professor
Dr. Schiller zum Zwischenbericht der "ad-hoc-
Arbeitsgruppe Stufenplan"

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren!

- I. Herr Ministerpräsident Werner hat in sehr überzeugender Weise den Bericht der ad-hoc-Arbeitsgruppe erläutert und begründet. Ich darf ihm für seine Ausführungen und der Gruppe für ihre Arbeit danken. Der Bericht spiegelt ein Stück harter und guter Arbeit wider. Es hat sich bereits in Venedig erwiesen, daß er eine gute Grundlage für unsere Diskussionen und die weiteren Arbeiten ist.
- II. Der Bericht ist nüchtern und realistisch, auch in der Beschreibung der heutigen Ausgangslage. Ich halte es für richtig, daß hier nicht rosarot, sondern in realistischen Farben gemalt wird. Die Fortschritte welche die Gemeinschaft auf vielen Gebieten gemacht hat, und die der Bericht aufzeigt, sind eindrucksvoll und erfreulich. Auf der anderen Seite ist es aber nun einmal eine Realität, daß - wie es der Bericht ausdrückt - die Gefahr der Entstehung von erneuten Ungleichgewichten weiterhin gegeben ist. Die Koordi-

- 2 -

nierung und Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ziele und der praktischen Wirtschaftspolitik hat leider noch nicht den Stand erreicht, um derartige Ungleichgewichte dauerhaft zu verhindern. Dies darf nicht so bleiben. Wie müssen schnell für eine wirksame Harmonisierung und Koordination sorgen.

III. Nur dann, so meine ich, kann das Endziel, wie es der Bericht beschreibt, zügig verwirklicht werden. Ich begrüße es, daß der Bericht gewisse Grundelemente für die Endphase dargelegt hat. Denn es muß Klarheit darüber herrschen, wohin der Zug "Stufenplan" fährt, der von uns auf die Schiene gesetzt wird. Nur wenn der Zielbahnhof bekannt ist, kann der Zug in die gewollte Richtung fahren. Nur dann können die Weichen von Anfang an richtig gestellt, kann die Strecke rechtzeitig von Hindernissen geräumt werden. Der Zielbahnhof muß eine weltoffenen Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft sein. Die sehr schwierige Aufgabe der Beschreibung der Endstufe ist von der Gruppe recht gut gelöst worden. Nützlich wäre es allerdings, wenn in den weiteren Beratungen die institutionellen Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion noch etwas klarer definiert würden. Das gleiche gilt für die politischen Konsequenzen dieses Prozesses. Lassen Sie mich hierzu sagen: Wir alle sind uns sicher einig daß die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion kein isoliert ökonomischer Vorgang sein kann. Er ist ein Stück politischer Einigung. Dieser Prozeß wird weit über den

- 3 -

- 2 -

ökonomischen Bereich hinaus ausstrahlen - und er muß dies auch. Er setzt eine progressive Entwicklung der politischen Zusammenarbeit voraus. Wichtige nationale Hoheitsrechte werden auf Gemeinschaftsorgane übergehen müssen. Dies ist nur dann vertretbar, wenn diese wirtschaftspolitischen Gemeinschaftsorgane auf einer parlamentarischen Grundlage errichtet sind.

IV. Für die erste Stufe zeigt der Bericht einen erfolgversprechenden Weg für die Verwirklichung einer gleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft auf:

1. Die Festlegung kompatibler, quantitativer mittelfristiger Zielsetzungen. Dies ist eine sicher mit Vorrang zu lösende Frage, wobei es vor allem auf die Zurückdrängung der gegenwärtigen Preisraten ankommt.
2. Die Schaffung neuer Koordinierungsverfahren zur Verwirklichung dieser Ziele.

Ich unterstützte diese Vorschläge voll. Die Gruppe sollte sich allerdings weitere Gedanken machen, wie dieses Verfahren wirklich effektiv ausgestaltet werden könnten. Es kommt ja nicht auf die verbale Koordinierung, sondern auf die tatsächliche Abstimmung der praktischen Politik an. Vielleicht sollte überlegt werden, ob die Einführung eines Halbjahresexamens - etwa nach dem Vorbild der OECD oder der IWF-Konsultationen - nützlich wäre.

- 4 -

V. Für einen Teilbereich der Währungspolitik stellt der Bericht zwei Handlungsalternativen zur Diskussion.

2 Punkte sind in diesem Zusammenhang kontrovers:

1. Sollen schon in der 1. Stufe die Bandbreiten bei den Wechselkursen verengt werden?
2. Ist schon in der 1. Phase die Errichtung einer gemeinschaftlichen währungspolitischen Institution - etwa in Form eines Devisenausgleichsfonds - nützlich und wünschenswert?

Ich habe meine Auffassung zu diesen beiden Punkten schon in Venedig deutlich gemacht. Lassen Sie mich ergänzend sagen:

Zur Bandbreitenfrage:

Der Hintergrund, auf dem wir nach meiner Meinung die Frage des Zeitpunktes einer Bandbreitenverengung betrachten müssen, wird durch die bereits zitierte lapidare Feststellung des Berichtes beleuchtet: Daß nämlich die Gefahr der Entstehung von Ungleichgewichten weiterhin gegeben ist. Wenn dem so ist - und daran besteht kein Zweifel - dann ist die Zeit für Verengungen der Bandbreiten noch nicht reif. Herr Barre sagte anlässlich des 5. Internationalen Investment Symposium in Bellagio - ich hoffe die Presse hat richtig zitiert -: "Zu hastiges Handeln sei genauso schädlich wie Übervorsichtigkeit". Ich stimme diesem Satz voll zu; er gilt auch für die Frage der Band-

breitenverengung. Wir sollten hier nicht zu hastig handeln. Das Risiko kann kalkuliert werden. Es ist zu groß, solange die Gemeinschaft noch recht weit davon entfernt ist, eine Stabilitätsgemeinschaft zu sein. Auch wir wollen die Verengung und schließlich die Beseitigung der Bandbreiten. Hierzu muß jedoch zuerst ein reales ökonomisches Fundament durch eine wirksame Harmonisierung der Wirtschaftspolitik geschaffen werden. In dem Maße, in dem uns dies gelingt, können auch die währungspolitischen Bindungen ausgebaut werden. Natürlich verstehe ich den Wunsch nach größerer Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Gemeinschaft gegenüber dem Dollar. Ich teile diesen Wunsch. Der Stimme und "Persönlichkeit" Europas kann jedoch nur dann dauerhafte Geltung verschafft werden, wenn ^{eine} harmonische Wirtschaftsentwicklung in der Gemeinschaft gesichert ist.

Zu Devisenausgleichsfonds:

Ich habe bereits in Venedig meinen Standpunkt in dieser Frage deutlich gemacht. Ich bin nach einer sehr sorgfältigen Abwägung der Gründe, die für und gegen diesen Vorschlag sprechen, der Auffassung, daß der Aufbau eines derartigen Fonds in der ersten Phase nicht sinnvoll sein dürfte. Auch diese Haltung hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit "Zögerlichkeit" oder "Übervorsichtigkeit". In meinem Stufenplan habe ich sehr deutlich gesagt, daß wir den Aufbau einer europäischen Währungsbehörde und

- 6 -

die spätere Zusammenlegung der Devisenreserven in der Gemeinschaft anstreben. Ich bin durchaus nicht grundsätzlich gegen einen solchen Devisenausgleichsfonds. Im Gegenteil: Entscheidend ist nur der Zeitpunkt seiner Einführung und entscheidend ist auch die Gestaltung seiner Modalitäten. Im augenblicklichen Zeitpunkt halte ich die Einführung eines Fonds nicht für richtig. Ich könnte mir jedoch durchaus vorstellen, daß die Errichtung einer derartigen Institution bei erfolgreichem Abschluß der ersten Phase - also auf dem festen Boden einer wirksamen Harmonisierung - sehr sinnvoll wäre. All diese Fragen sollten jedoch noch eingehend im Ausschuß der Notenbankgouverneure und in der Werner-Gruppe geprüft werden. Eine Arbeitshypothese sollte hierbei sein, daß es durch einen Fonds keinesfalls zu einer Aufweichung der Währungsdisziplin, etwa durch die Ausweitung der Kreditfazilitäten, kommen dürfte. Es dürfte auch der Ausbau einer zentralen europäischen Währungsbehörde in der Endstufe nicht behindert oder gar verhindert werden. Ein Devisenausgleichsfonds könnte nur eine Zwischenstufe zu einem Reservefonds und dann auch zu einem europäischen Zentralbanksystem sein. Es sollte auch überlegt werden, wie ein eventuelles mittelfristiges finanzielles Beistandssystem bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Memorandum der Kommission vom 12. Februar 1969) eingebaut werden könnte.

VI. Lassen Sie mich zusammenfassen:

Mit dem Zwischenbericht der Arbeitsgruppe ist ein Fundament für die kommenden Arbeiten gelegt. Wir sollten bald

- 7 -

weitere Schritte tun, denn die Zeit drängt. Die Gefahr der Entstehung erneuter Ungleichgewichte brennt uns auf den Nägeln und die Zeit ist reif, mit einer wirksamen Harmonisierung und Koordinierung auf der Basis von Stabilität und Wachstum zu beginnen. Je eher wir dieses Fundament legen, umso eher sind dann auch währungspolitische Gemeinschaftsaktionen möglich.

✓ Zum Verfahren wird wahrscheinlich Ministerpräsident Werner folgende Vorschläge machen:

1. Billigung der im Bericht der "Werner-Gruppe" dargelegten Leitlinien durch den Rat;
2. Bitte an die Gruppe, bis Ende September ihren endgültigen Bericht vorzulegen. Hierin soll die Gruppe u.a.
 - die Vorschläge für die Koordinierung und Harmonisierung in der ersten Stufe weiter konkretisieren;
 - Leitlinien für die notwendigen institutionellen Reformen bis zur Endstufe darlegen.
3. Anregungen an die Arbeitsgruppe, zu den Fragen Devisenausgleichsfonds und Bandbreitenverengung die Hilfe des Ausschusses der Notenbankgouverneure (notfalls: auch des Währungsausschusses) in Anspruch zu nehmen.

Einem derartigen Verfahren sollte zugestimmt werden. 7